

Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung beschließt, den Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 08.09.2011 –ATF/0065/11-, nämlich die Verwaltung zu beauftragen, aktuelle und künftig erkennbare Herausforderungen im Sozialbereich zu benennen und Prioritäten aufzuzeigen, nicht zu unterstützen.